

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöln, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleinberg, Kluga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2-jährlich Mk. 9.—, durch die Post bezogen einschließlich der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Verzögerung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. Amtlicher Teil Mk. 1.20. Reklamazeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Nummer Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Kautzke entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Gänge & Cule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 20

Mittwoch, den 16. Februar 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Bezirks-Obstgärtner.

Der seit dem 1. Februar 1921 angestellte Bezirksobstgärtner
Richard Weber

beginnt mit dem heutigen Tage seine Tätigkeit. Seine Hauptaufgaben bestehen darin, bei den Gemeinden und privaten Obstgärtnern den Anbau von Obstbäumen anzuregen, den Anbau und die Pflege der Obstbäume zu überwachen und die Schädlingsbekämpfung nachdrücklich zu gestalten. Zunächst ist er damit beschäftigt, sich über den Stand der obstbaulichen Verhältnisse im Bezirke einen Überblick zu verschaffen, dabei aber gleichzeitig die sachgemäße Pflege und den Anbau von Obst zu fördern. Die Ortsbehörden, wie die privaten Obstgärtner werden aufgefordert, ihn bei dieser Tätigkeit in jeder Beziehung zu unterstützen. Er ist beauftragt, zur Ausübung seiner Tätigkeit die Grundstücke der Obstbaumbesitzer zu betreten; von ihm erbetene Auskünfte sind ihm zu erteilen.

Grimma, 14. Februar 1921.

95 c.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Stadtgemeinderats-Sitzung

Donnerstag, den 17. Februar 1920, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathause am Brett.

Die Bestimmungen über die Maßnahmen gegen Wohnungsmangel sind nicht immer beachtet worden. Es wird deshalb auf folgendes hingewiesen.

Es ist untersagt, ohne vorherige Zustimmung der Gemeindebehörde Räume, die bis zum 1. Oktober 1914 zu Wohnzwecken bestimmt oder benutzt waren, zu anderen Zwecken, insbesondere als Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst- oder Geschäftsräume zu verwenden. Ebenso ist es untersagt, mehrere Wohnungen zu einer zu vereinigen oder Wohnräume in Geschäftsräume zu verwandeln.

Der Verfügungsberechtigte (in der Regel der Grundbesitzer) oder sein Vertreter haben Anzeige zu erstatten, sobald eine Wohnung oder Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Büro-, Geschäfts-, Laden- oder sonstige Räume unbenutzt sind, gehündigt oder für ihn feststeht, daß sie sonst frei werden. Er hat auf Verlangen jederzeit über die Zahl, Lage und Größe der Räume einer Wohnung, sowie über die Anzahl der Personen des Haushaltes Meldung zu erstatten. Er hat ferner den Beauftragten der Gemeindebehörde über Wohnungen und Räume sowie über deren Vermietung Auskunft zu erteilen und die Befähigung zu gestatten.

Als unbenutzt gelten Wohnungen und Räume, wenn sie völlig leer stehen oder nur zur Aufbewahrung von Sachen dienen, sofern dem Verfügungsberechtigten eine andere Aufbewahrung ohne erhebliche Härte zugemutet werden kann.

Wohnräume dürfen nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeindebehörde vermietet, überlassen oder in Gebrauch genommen werden.

Zum Überhandnehmen gegen diese Bestimmungen werden mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit Haft bestraft.

Die erforderlichen Meldungen sind im städtischen Wohnungsmarkt, Markt 10, zu erstatten. Infolge des jetzigen Wohnungsmangels wird die unnothwendige Durchführung dieser Bestimmungen erfolgen.

Naunhof, am 15. Februar 1921. Der Bürgermeister.

Herrn Generaldirektor Arthur Bölla ist die Genehmigung erteilt worden, in dem Grundbuche Weststraße 24, Nr. 286 und 286a des Flurbuchs für Naunhof **Zeichenschiffe** zu legen.

Naunhof, am 14. Februar 1921. Der Bürgermeister.

Die hiesige Sparkasse vermietet jetzt in ihrer neu hergestellten, nach dem Gutachten der Techniker feuer- und einbruchsfestesten Stahlkammer eiserne Schließkäfer. Die Jahresmiete beträgt für ein Fach

50 mm hoch, 175 mm breit, 375 mm tief	12 Mk.
50 " " " " " "	16 " "
100 " " " " " "	20 " "
150 " " " " " "	24 " "

Die Schließkäfer stehen unter dem eigenen Verschluß des Mieters und dem Mitverschluß der Sparkasse. Die Käfer und die dazu gehörigen Blechschloß dürfen zur Aufbewahrung von Schriftstücken, Wertpapieren, Edelmessern, Edelsteinen, Schmuckgegenständen und Büchern benutzt werden. Der Mieter kann jederzeit, während der üblichen Geschäftsstunden der Kasse die Stahlkammer betreten.

Ueber die übrigen Bestimmungen gibt die Kassenverwaltung Auskunft.

Sparkasse Naunhof, am 15. Februar 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

In einer Note an die Reichsregierung lehnt Bayern jede Verantwortung für die Auflösung der Einwohnerwehren ab.

Die Mitglieder des Bremer Wohlhabens erklären in einer Entschuldigungsnote, daß sie angesichts der schmachvollen Behandlung Deutschlands durch Frankreich alle Geschäfte mit Frankreich zurückweisen und auf französische Angebote nicht antworten wollen.

Dr. Simons in Stuttgart.

In Kreuzberg O.-S. erzielten bei den Stadtverordnetenwahlen die Liste der vereinigten deutschen Parteien 5188 und die Liste der Nationalpolen 276 Stimmen.

In Warschau wird berichtet, daß die Abstimmung in Oberschlesien endgültig auf den 30. März, die Abstimmung für die Reichsschlesien auf den 3. April festgesetzt sei.

Dr. Simons in Stuttgart.

Man könnte fast, wenn der Leiter der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches in diesen aufgeregten Zeiten die Hauptstadt des Landes verläßt, um im Süden in öffentlichen Reden für seine Gedanken und für seine Ziele zu werden, auf den Gedanken kommen, daß er seiner Sache, was diesen Teil des Reiches betrifft, nicht genügend sicher sei. Und es würde uns gar nicht wundern, wenn seine Rede nach Stuttgart, die wohl auch noch nach Karlsruhe und nach Darmstadt fortgesetzt werden wird, im Auslande in diesem Sinne gedeutet werden sollte. Aber natürlich wäre nichts verkehrter als dies. Denn nicht nur die jetzt als rückschrittlich beschriebenen Bayern, sondern auch die allezeit auf demokratisch gesinnten Baden und Württembergern sehen wie ein Mann gegen die Pariser Beschlüsse, und sie würden Herrn Dr. Simons und der Reichsregierung ganz gehörig auf den Leib rücken, wenn diese etwa auch nur die geringste Neigung zum Umfallen erkennen ließen. Aber man kann es wohl begreifen, daß die parlamentarischen Minister von heute mehr als ihre Vorgänger den Wunsch haben, sich in besonders schicksalsschweren Augenblicken mit allen Teilen der Bevölkerung in Verbindung zu setzen, um an dem Echo, das sie finden, nachzuprüfen, ob sie sich mit dem, was sie tun oder lassen wollen, auf dem richtigen Wege befinden. Die Stuttgarter haben Herrn Dr. Simons seinen Zweifel darüber gelassen, daß sie entschlossen sind, mit ihm durch dick und dünn zu gehen — solange er an dem Reim, daß er im Reichstag gesprochen hat, anbelirrt festhält.

Daß er dazu entschlossen sei, betonte Dr. Simons gleich im Beginn seiner Rede mit aller Entschiedenheit. Je näher man die Pariser Beschlüsse sich ansehe, desto zutreffender erweise sich das zuerst gefällte Urteil, und die fremden Staatsmänner könnten noch so viel und noch so geflissentlich darüber reden, die Durchführbarkeit ihrer Beschlüsse bleibe trotzdem ein Ding der Unmöglichkeit. Nicht Lloyd George, nicht Briand, nicht Graf Sforza hätten sich die Mühe genommen, auf Grund des in Brüssel beigebrachten Zahlenmaterials sich Rechenschaft darüber abzulegen, ob Deutschland die ihm zugedachten Jahreszahlungen wirklich auszuführen vermöge. Sinaat dessen habe man mit völlig phantastischen Ziffern operiert, für die jede tatsächliche Unterlage fehle. Aus allen bisherigen Debatten sei nur eines mit voller Klarheit hervorgegangen, daß nämlich die Wiederherstellungsbestimmungen des Friedensvertrages die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft nicht gelöst hätten und deshalb durch neue Vereinbarungen ersetzt werden müßten. Bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit für die Heilung der Schäden des Krieges zu arbeiten, sei das deutsche Volk bereit, das würden auch die von ihm veranlaßten Gegenanschläge zeigen. Dabei würde die finanzielle Notlage Frankreichs ebenso berücksichtigt werden, wie die Sorge Englands vor der Konkurrenz der deutschen Industrie und der Arbeitslosigkeit der englischen Industrie. In den Hauptfehler der Franzosen, bei ihren Forderungen die Wirkung der Deutschland aufzuerlegenden Leistungen auf den Produktionsprozeß der Welt zu übersehen, würden die deutschen Gegenanschläge nicht verfallen. Die Franzosen hätten aber auch den weiteren Fehler begangen, die Jahresleistungen in so unbestimmter Weise zu bezeichnen, daß sie sich nicht als Grundbedingung für die große internationale Anleihe benutzen ließen, deren die europäische Gesamtwirtschaft unbedingt bedürfe. Endlich fehle auch jede Vorstellung darüber, wie der deutsche Export bis auf 20 oder gar 25 Milliarden gesteigert werden solle, ohne sich selbst sowohl wie die Industrie der übrigen Staaten aufs schärfste zu gefährden. Und was solle man dazu sagen, daß Frankreich und Belgien jede technische Arbeit Deutschlands beim Wiederaufbau des zerstörten Gebietes ablehnten, ohne selbst imstande zu sein, die Aufgabe zu lösen. Er würde jetzt in seinen Gegenanschlägen Gesamtschätzungen nennen müssen, die auf der Gegenseite einen ähnlichen Sturm der Entrüstung auslösen würden, wie er jetzt bei der Bekanntgabe der Ententeleistungen durch Deutschland gebraucht sei. In solche Gefahren begeben man sich aber, sobald der Boden der Verständigung verlassen würde. Immerhin hätten die Gegner selbst erkannt, daß das Werk von Verfallens veränderungsbedürftig sei. Es erscheine aber auffällig, daß die Londoner Konferenz auf einen Zeitpunkt angesetzt sei, in dem die amerikanische Regierung nicht in die Debatte eingreifen könne; und doch konnte den Vereinigten Staaten als Gläubiger der Entente und als Rohstofflieferant für die europäische Industrie eine überragende Stellung bei der Wiederherstellungsfrage zu. Nicht weniger nachteilig werde sich die ungelöste Lage im Osten für eine dauerhafte Lösung der Frage geltend machen. Es habe den Anschein, als ob unsere Gegner die deutsche Industrie auch nach dieser Richtung hin einer Erdröselungspolitik unterwerfen wollten, wie sich aus der Verteilung der deutschen Wirtschaftsverhandlungen mit den Oststaaten ergebe. Solange man mit dem Gedanken der Strafe und der Konkurrenz an die Frage herangehe, werde nur kümperhafte Arbeit zu leisten sein. Nur mit dem Gedanken der Hilfe und der Solidarität werde man vorwärts kommen.

Dr. Simons schloß mit einem Appell an die einheitliche Stimmung des deutschen Volkes, die nicht im Streit über Einzelheiten gefährdet werden dürfe. Der Jubelnde Befall, den er fand, wird sich durch das ganze Reich hin fortspalten. Wir dürfen heute mehr noch als bisher darauf vertrauen, daß Deutschlands Sache in London guten Händen anvertraut sein wird.

Bayern und die Reichsregierung.

Lebensnotwendigkeit der Einwohnerwehren.

Das durch den bayerischen Gesandten dem Reichskanzler übergebene Schreiben der bayerischen Regierung vom 11. d. M. gibt den schon aus den Veröffentlichungen der letzten Tage bekannten Standpunkt der bayerischen Regierung in der Einwohnerwehr- und Entwaffnungsfrage wieder, wonach die Einwohnerwehr für das bayerische Volk eine Lebensnotwendigkeit darstelle. Sie betont ferner, daß sie den Entschluß der Reichsregierung, ohne die Londoner Verhandlungen abzuwarten, an die Ausführung der Entwaffnung heranzutreten, für verhängnisvoll halte. Wenn die Reichsregierung gleichwohl in Verfolgung ihres Standpunktes Maßnahmen zum Vollzug der Entwaffnung vornehmen zu müssen glaube, so müsse die bayerische Regierung die Verantwortung für diese Maßnahmen der Reichsregierung überlassen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Keine Änderung des Betriebsrätegesetzes.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns steht auf dem Standpunkte, daß die Wünsche auf Abänderung des Betriebsrätegesetzes vorerst noch vertagt werden müssen, da noch zu geringe Erfahrungen über die Bewährung des gegenwärtigen Rechtszustandes gesammelt sind. Zum Schutze der Vereinigungsfreiheit sollen bei Neuregelung des Koalitionsrechts Erwägungen angestellt werden.

Reichsergänzungsbeitrag.

Nach einer Übersicht zum letzten Ergänzungsetat, die dem Reichstage zuging, betragen die Wehrforderungen dieses Ergänzungsetats allein 10 656 804 790 Mark, von denen nur 163 805 000 Mark gedeckt sind. Auf Anleihe sind also 10 492 999 790 Mark zu übernehmen. Die Reusforderungen basieren auf Gehaltssteigerungen, Preissteigerungen, Verbilligung von Lebensmitteln, Entschädigungen, Erwerbslosenfürsorge, Forderungen aus dem Friedensvertrage.

Das erste deutsche Linienschiff.

Als erstes Linienschiff der wiedererlebenden Kriegsmarine ist „Dannover“ unter dem Kommando des Kapitäns zur See Edmund Schulz mit Flaggen-Parade in Wilhelmshaven in Dienst gestellt. „Dannover“ ist der Marine-Station der Ostsee zugeteilt und dem Befehlshaber der Seestreitkräfte der Ostsee in Swinemünde unterstellt.

Vorsichtsmaßnahmen für den 20. Februar.

Der preussische Minister des Innern hat an die Regierungspräsidenten und an den Berliner Polizeipräsidenten folgenden Erlass gerichtet: „Im Hinblick auf die am 20. Februar dieses Jahres stattfindenden Wahlen zum Preussischen Landtage usw. erlaube ich, die Polizeibehörden darauf hinzuweisen, daß sie rechtzeitig die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen haben, um die ungehinderte Durchführung des Wahlgeschäfts und auch im Falle darauf folgender Bewegungen die Ruhe, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten.“

Die neue Ortsklasseneinteilung.

Seitdem an die Stelle der bisherigen einheitlichen Steuerungsanlagen nach Ortsklassen gestellte Steuerungsanlagen getreten sind, ist die Frage des neuen Ortsklassenverzeichnisses naturgemäß erheblich in den Vordergrund gerückt. Die Vorarbeiten stehen nunmehr vor ihrem Abschluß. Die Vorschläge der Länder für die Einstufung der Orte unter 10 000 Einwohnern sind zum größten Teil eingegangen, so daß demnächst die in Aussicht gestellten Besprechungen mit den Vertretern der Beamten-Organisationen beginnen können. Nach Beendigung dieser Besprechungen wird die endgültige Vorlage im Reichsfinanzministerium mit größter Beschleunigung fertiggestellt und dem Reichsrat und Reichstag zur Beschlußfassung zugestellt werden.

Frankreich.

× Einführung der Sozialisierung. Wie aus Paris gemeldet wird, beabsichtigt der Arbeitsminister einen Gesetzesentwurf über die obligatorische Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Alter sowie über eine Versicherung für Mütter der arbeitenden Bevölkerung auszuarbeiten zu lassen.

Großbritannien.

× Erneute Kämpfe in Irland. Siebenhundert Sinnfeiner haben die Polizeikaserne und mehrere Häuser des Dorfes Drimoleague angegriffen und zerstört. Es gelang der Garnison schließlich, die Sinnfeiner, von denen eine Anzahl verwundet wurde, zu zerstreuen. Siebenhundert Sinnfeiner brachten einen Zug in der Grafschaft Cork zum Stehen, griffen 14 im Zuge befindliche Soldaten an, töteten einen und verwundeten 6. Die Brücke über den Fluß Lee zwischen Cork und Waterroom wurde in der Nacht in